

Berichte

Jahresversammlung von IWF und Weltbank 1987

Von Wolfgang Rieke, Frankfurt/M.

I.

Offizielle Teilnehmer der gemeinsamen Jahrestagung von IWF und Weltbank (mit ihren Tochterinstituten), die vom 29. September bis 1. Oktober 1987 in Washington stattfand, sahen sich häufiger als sonst mit Fragen nach den herausragenden Themen konfrontiert. Die Antwort fiel nicht leicht, beanspruchten doch die in den letzten Jahren in rascher Folge aufgetretenen Probleme und Fragestellungen – Beherrschung der internationalen Schuldenkrise, Bemühen um Dollarkursstabilisierung, Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte, Sicherung inflationsfreien Wirtschaftswachstums, Gewährleistung eines ausreichenden Ressourcentransfers in die Entwicklungsländer, künftige Rolle der Bretton Woods-Institute und anderes mehr – gleichermaßen die Aufmerksamkeit in den offiziellen Vorbereitungsgesprächen und Reden vor der Jahresversammlung. Man wird gut daran tun, das Fehlen eines Hauptthemas nicht als Zeichen dafür zu werten, daß die anstehenden Probleme bewältigt und die gestellten Fragen zu allseitiger Zufriedenheit beantwortet sind. Das Geschehen an den internationalen Finanz- und Devisenmärkten kurz nach der Jahresversammlung scheint sogar die gegenteilige Schlußfolgerung nahezu legen. Das weltwirtschaftliche Umfeld dürfte die Auseinandersetzung mit den anstehenden Problemen in nächster Zeit eher noch schwieriger gestalten. Um so wichtiger ist es, daß die für die Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern Verantwortlichen die jüngsten Ereignisse als Signal der Märkte verstehen, die Ursachen der bestehenden inneren und äußeren Ungleichgewichte energisch anzugehen. Die internationale Zusammenarbeit im Kreise der großen Industrieländer, aber auch im größeren Rahmen, kann mithelfen, die Anpassungsschritte in den einzelnen Ländern so aufeinander abzustimmen, daß die Ursachen vergangener Fehlentwicklungen beseitigt, das Entstehen neuer Fehlerquellen vermieden und die mit dem Gesundungsprozeß verbundenen „Schmerzen“ gemildert werden.

II.

Wie üblich gingen der Jahresversammlung von IWF und Weltbank Zusammenkünfte verschiedener Gremien voraus, in denen die Industrie- und Entwicklungsländer getrennt ihre Positionen abzuklären suchen und anschließend gemeinsam „in kleinerer Besetzung“ über die wichtigen anstehenden Fragen diskutiert wird. So trafen erneut die Minister und Notenbankgouverneure der G 7 zusammen und bekräftigten nach wie üblich sehr vertraulichen Gesprächen in einem Kommuniqué die mit dem Plaza-Abkommen und dem Louvre-Akkord in Gang gesetzte Strategie enger wirtschaftspolitischer Kooperation. Die Zielsetzung bleibt ein inflationsfreies Wirtschaftswachstum in den einzelnen Ländern, das den unumgänglich notwendigen Abbau der bestehenden inneren und äußeren Ungleichgewichte ohne größere negative Rückwirkungen für die Weltwirtschaft ermöglicht. Sie forderten andere Länder mit hohen Handelsbilanzüberschüssen insbesondere in Asien auf, das ihre zum Abbau der bestehenden Ungleichgewichte beizutragen. Die Beteiligten äußerten sich zufrieden über die größere Stabilität der Wechselkurse seit dem Louvre-Akkord.

Die Minister und Notenbankgouverneure der Zehnergruppe traten gleichfalls zu ihrer üblichen Vorbereitungssitzung zusammen. Auf Seiten der Entwicklungsländer tagte die Gruppe der 24 und erledigte wiederum ein umfangreiches Pensum, wie an dem anschließend verabschiedeten Kommuniqué abzulesen ist. Darin werden alle Aspekte der Weltwirtschaftslage und Zusammenarbeit, die Verschuldungssituation und Strategie, der IWF- und Weltbankpolitik im einzelnen aus der Sicht der Entwicklungsländer angesprochen. Die G 24 verabschiedeten darüber hinaus ein Sofortprogramm, das die umgehende Erfüllung einer Reihe bestehender Verpflichtungen verlangt und volle Unterstützung für die vom IWF und Weltbank erwarteten größeren Einsatzmöglichkeiten und deren Finanzierung fordert.

Im Interimsausschuß des IWF, dem zwischen Direktorium und Gouverneursrat angesiedelten Beratungsgremium auf hoher politischer Ebene, widmeten sich dann turnusgemäß die Minister der Industrie- und Entwicklungsländer den anstehenden Fragen, wie dem danach veröffentlichten Kommuniqué zu entnehmen ist. Die Diskussionen verliefen im ganzen weniger kontrovers, als manche Äußerungen im Vorfeld der Jahresversammlung erwarten ließen. Die Vorklärung der Fragen, die für die künftige Fondspolitik bedeutend sind, brachte die deutliche Unterstützung der Initiative des Geschäftsführenden Direktors, *Camdessus*, für eine kräftige Aufstockung der „Strukturellen Anpassungsfazität“ mit der Aufforderung, die notwendigen Gespräche mit den Kreditgebern zügig zu führen mit dem Ziel, die

Verhandlungen noch in diesem Jahr zum Abschluß zu bringen. Der Ausschuß nahm zustimmend Kenntnis davon, daß die Vorbereitung der neunten Allgemeinen Quotenüberprüfung inzwischen im Gang ist und entsprechende Vorschläge zu gegebener Zeit vorgelegt werden sollen. Der temporäre Charakter des Erweiterten Zugangs zu den Fondsmitteln wurde erneut bekräftigt und zugleich Einigkeit darüber erzielt, daß die geltenden Obergrenzen auch 1988 weiter gelten sollen. Auch die für die Sonderfazilitäten geltenden Obergrenzen wurden unverändert gelassen. Zur Frage einer neuen SZR-Zuteilung sah sich der Geschäftsführende Direktor erneut nicht in der Lage, einen Vorschlag zu machen, nachdem eine Reihe wichtiger Mitglieder mit ausreichendem Stimmgewicht, die vom Fonds-Übereinkommen verlangten Voraussetzungen für eine zusätzliche Reserveschaffung nicht für gegeben hielten.

III.

In seiner Eingangserklärung vor der Jahresversammlung stellte der seit Jahresbeginn amtierende neue Geschäftsführende Direktor des IWF, *Camdessus*, heraus, daß sich die Industrieländer im fünften Jahr eines ununterbrochenen, wenngleich nicht befriedigenden Wachstums befinden und die Inflation unter Kontrolle geblieben ist. In den Industrieländern befinde sich die Inflation auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Zu den Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik dieser Länder zählte *Camdessus* an erster Stelle den Abbau des amerikanischen Haushaltsdefizits entsprechend den eingegangenen Selbstverpflichtungen, wobei angesichts der Schwierigkeiten kein Lösungsansatz außer Betracht bleiben sollte (eine Feststellung, die auf die Möglichkeit von Steuererhöhungen anspiele). Daneben maß er der Weitergabe von Ersparnisüberschüssen durch Länder wie Japan (das entsprechende Zusagen gemacht hatte) an Entwicklungsländer, die ausreichende Anpassungsbemühungen nachweisen, erhebliche Bedeutung zu. Ferner unterstrich er die Bedeutung struktureller Anpassungen, zu denen er auch solche zählte, die der Gefahr des Protektionismus entgegenwirken können. Schließlich trat er für verstärkte internationale Koordinierung der Wirtschaftspolitik ein und bezeichnete die jüngsten Absprachen darüber als Meilenstein auf dem Wege dahin. Den großen Industrieländern sprach er eine Schlüsselrolle in der Auseinandersetzung mit den Problemen ausreichenden weltwirtschaftlichen Wachstums und des Abbaus der Zahlungsbilanzungleichgewichte zu.

Camdessus wandte sich dann rasch den Problemen der ärmsten unter den Entwicklungsländern zu, denen durch die von ihm vorgeschlagene und von

den Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industrieländer in Venedig befürwortete kräftige Aufstockung der sogenannten Strukturellen Anpassungsfazität (SAF) des Fonds rasch Hilfe zuteil werden soll. Er gab sich überzeugt, daß der Fonds diesen Ländern bei der Durchführung wirksamer makroökonomischer Anpassungsmaßnahmen und Strukturreformen nur helfen kann, wenn er speziell für diesen Zweck über kostengünstigere und längerfristig verfügbare Mittel verfügt, als es die normalen Mittel des Fonds darstellten. Er machte deutlich, daß die Mittel nur solchen Ländern zugute kommen sollen, die entsprechende Anpassungsbemühungen unternehmen. Er forderte rasche Mittelzusagen von denjenigen Ländern, die sich hierzu in der Lage sehen. Ebenfalls mit Blick auf die ärmsten Länder unterstützte er die Forderung nach Durchführung der achten Aufstockung der IDA-Mittel und einer allgemeinen Kapitalerhöhung der Weltbank.

Mit Bezug auf die Zahlungsprobleme der hochverschuldeten Entwicklungsländer mittleren Einkommens sah *Camdessus* einen größeren Zeitbedarf für die Krisenbewältigung als ursprünglich angenommen. Gemessen an den Ausfuhrerlösen habe die Schuldenlast seit Ausbruch der Krise noch zugenommen. Als grundlegendes Element der Schuldenstrategie bezeichnete er die von den Schuldnerländern, Gläubigerländern, internationalen Institutionen und Gläubigerbanken gemeinsam übernommene Verantwortung.

Nach *Camdessus* tragen die Regierungen der Schuldnerländer die Hauptverantwortung für die Durchführung gesunder makroökonomischer und struktureller Anpassungsmaßnahmen mit dem Ziel, die notwendigen Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und Wiederherstellung ihrer Kreditwürdigkeit zu schaffen. Die Tür für Auslandsinvestitionen muß nach seiner Meinung weiter geöffnet werden. Auch müßten diese Länder selbst alles tun, um den Geist der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vertrauens zu stärken.

Die Verantwortung der Gläubigerländer sah *Camdessus* vor allem in stärkerem Wirtschaftswachstum, besserem Gleichgewicht ihrer Leistungsbilanzen, mehr Stabilität der Wechselkurse, niedrigeren Realzinsen und einem Zurückdrängen des Protektionismus. Die dabei erzielten Fortschritte hielt er nicht für ausreichend. Von den Gläubigerbanken, deren Lage sich seit Ausbruch der Schuldenkrise erheblich verbessert habe, verlangte er aktivere Unterstützung der Anstrengungen einzelner Schuldnerländer. In seinen Darlegungen zur Rolle des IWF erläuterte *Camdessus* den Beitrag, den der Fonds zur verbesserten Zusammenarbeit und Koordinierung der Wirtschaftspolitik unter den großen Industrieländern sowie im Bemühen, den Interessen der übrigen Länder Rechnung zu tragen, leisten kann. Auch

im Rahmen der Schuldenstrategie komme dem Fonds entsprechend den Beschlüssen des Interimsausschusses weiterhin eine zentrale Rolle zu. Die Zusammenarbeit mit der Weltbank müsse im Hinblick darauf weiter verstärkt werden.

Am Schluß seiner Ausführungen unterstrich *Camdessus* die Notwendigkeit einer substantiellen Aufstockung der IWF-Quoten, über die inzwischen erste Gespräche in Gang gekommen sind. Außerdem sprach er sich für eine Intensivierung der Bemühungen um ein besseres Funktionieren des internationalen Währungssystems aus. Bessere Zusammenarbeit und Koordinierung der Wirtschaftspolitik sollten weiterreichende Überlegungen nach seiner Ansicht nicht ausschließen.

Weltbankpräsident *Conable* erklärte in seiner Eingangsrede die Bereitschaft der Weltbank, die ihr zugedachte dynamische Rolle bei der Förderung wirtschaftlichen Wachstums und im Kampf gegen die Armut zu übernehmen. Wirtschaftliches Wachstum sei indes nicht ausreichend. Ausreichende Hilfe müsse auch im sozialen Bereich gewährt werden, nicht zuletzt um die ärmeren Schichten vor den Konsequenzen notwendiger Anpassungen zu schützen. Auch dem Schutz der Umwelt müsse dabei erhöhte Aufmerksamkeit gelten.

Auf die Lage der hoch verschuldeten Länder mit mittleren Einkommen eingehend, würdigte *Conable* die Anstrengungen zahlreicher Länder, wies aber auch auf unterschiedliche Erfahrungen mit Anpassungsprogrammen hin. Die langsamen Fortschritte hätten politische und soziale Spannungen entstehen lassen, die den Gesundungsprozeß wiederum in Frage stellen. Ein Prokopf-Wachstum von 2 v. H. p. a. sollte nach seiner Meinung eine Schlüsselgröße jedes Anpassungsprogramms sein, und die Rückkehr zur Kreditwürdigkeit eines Landes binnen fünf bis sieben Jahren sollte zum gemeinsamen Ziel erklärt werden.

Mit Blick auf die Probleme der afrikanischen Länder erläuterte *Conable* die Grundzüge eines neuen Hilfsprogramms, das einer Gruppe von 15 Ländern mit niedrigem Einkommen jährlich wenigstens 1,5 Mrd. \$ an zusätzlicher Hilfe in den kommenden drei Jahren bringen soll. Damit könnte ein reales Prokopf-Wachstum von 2 v. H. sichergestellt und die Schuldendienstbelastung auf ein erträgliches Maß reduziert werden.

Die Länder Asiens könnten nach seiner Meinung raschere Fortschritte machen, wenn dem privaten Sektor mehr Spielraum gegeben würde.

Conable beklagte den dramatischen Rückgang des Mittelzuflusses in die Entwicklungsländer um rd. 50 v. H. seit 1981, hauptsächlich aufgrund des Ausbleibens privater Bankkredite und von Ausfuhrkrediten. Die offizielle

Entwicklungshilfe sei nur geringfügig angestiegen und habe dies nicht ausgleichen können; sie mache aber inzwischen Vier/Fünftel der gesamten Mittelzufuhr aus. Die Weltbank allein könne da keine Abhilfe schaffen. Private Direktinvestitionen, die in den letzten vier Jahren bei 10 Mrd. \$ p. a. stagnierten, müßten eine stärkere Rolle übernehmen; dafür sollten entsprechende Anreize in den Entwicklungsländern selbst geschaffen werden.

IV.

Die gemäßigt positive Einschätzung der Weltwirtschaftslage durch den IWF fand in den Ausführungen der Gouverneure vor der Jahresversammlung ein wiederholtes Echo. Bundesbankpräsident *Pöhl*, der als deutscher IWF-Gouverneur in Abwesenheit von Finanzminister *Stoltenberg* sprach, wies darauf hin, daß die erreichten Fortschritte in den Industrieländern nicht nur diesen selbst, sondern auch den Entwicklungsländern zugute kommen. Er sah die Voraussetzungen für eine erhebliche Korrektur der großen Handels- und Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse wichtiger Länder dank der koordinierten Anpassungspolitik unter den G 7 im wesentlichen als gegeben an, doch sei der Zeitbedarf bekanntermaßen beträchtlich, bis die nominalen Handels- und Leistungsbilanzsalden die in Gang gekommenen Korrekturen widerspiegeln und von den Märkten zur Kenntnis genommen werden.

Mit Bezug auf die Bemühungen zur Wechselkursstabilisierung verwies Präsident *Pöhl* auf das Beispiel des EWS, mit dessen Hilfe ein „Überschießen“ der beteiligten Währungen vermieden werden konnte und verwies auf die jüngsten Beschlüsse zur Änderung einiger Regeln und Verfahrensweisen im EWS, die eine wirksamere Auseinandersetzung mit Spannungen an den Devisenmärkten ermöglichen soll. Präsident *Pöhl* würdigte die Rolle von IWF und Weltbank bei der Bewältigung mit den schwierigen Problemen der Entwicklungsländer, besonders der hoch verschuldeten und der ärmsten Länder unter ihnen. Unter ausdrücklichem Bezug auf den Vorschlag des Geschäftsführenden Direktors zur Aufstockung der „Strukturellen Anpassungsfazität“ sprach er sich dafür aus, daß zur Finanzierung alle Länder (nicht etwa nur die Überschußländer, wie von Finanzminister *Baker* gefordert) beitragen sollten.

Der amerikanische Schatzsekretär *Baker* verwendete einen beträchtlichen Teil seiner Ausführungen dem Bemühen um bessere wirtschaftspolitische Koordinierung unter den großen Industrieländern seit der Plaza-Absprache vom September 1985, die er als Meilenstein im Bemühen um eine gesunde Weltwirtschaft bezeichnete. Der Louvre-Akkord vom Januar 1987

sei ein weiterer Meilenstein auf diesem Wege, und inzwischen seien im Zeichen dieser Bemühungen weitere Fortschritte möglich gewesen. Baker ging auf die Anwendung objektiver Indikatoren im Rahmen des verstärkten Koordinierungsprozesses ein und gab die Absicht kund, mit Blick auf potentielle inflationäre Entwicklungen einen Index der Rohstoffpreise einschließlich Gold als Frühwarnindikator heranzuziehen.

Nach eingehender Würdigung des amerikanischen Beitrags zur Verwirklichung der getroffenen Beschlüsse stellte *Baker* fest, daß auch andere wichtige Industrieländer ihren Verpflichtungen nachgekommen seien, wobei er Japan und die Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich nannte. Zugleich erklärte er weitere Schritte für notwendig, wie sie bei dem Treffen der G 7 kurz vor der Jahrestagung erörtert worden seien. Besondere Bedeutung maß er dabei der Erhaltung eines offenen Welthandelssystem bei und bekräftigte – ebenso wie Präsident *Reagan* in seiner Begrüßungsrede – die Entschlossenheit der US-Regierung, protektionistischen Bestrebungen zu widerstehen. Die neuen Industrieländer (NIC) in Asien forderte er auf, ihre Märkte zu öffnen und ihre Wechselkurse stärker an den Erfordernissen gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts auszurichten.

Zur internationalen Schuldenproblematik bekräftigte *Baker* das auf der Jahresversammlung in Seoul vor zwei Jahren von ihm verkündete „Programm für anhaltendes Wachstum“ als einzig realistischen und allseits akzeptablen Ansatz, dessen Grundsätze weiterhin gültig blieben. Wirtschaftliches Wachstum und marktgerechte Reformen in den Schuldnerländern erfordern danach weiterhin finanzielle Unterstützung von seiten offizieller wie privater Kreditgeber je nach den Umständen des Einzelfalles. Allgemeiner Schuldenerlaß, wie von mancher Seite gefordert, bietet nach seiner Auffassung nicht einmal eine spürbare kurzfristige Erleichterung und beinhaltet ernste längerfristige Risiken für die Schuldnerländer selbst. Solche Vorstellungen übersehen, daß zahlreiche Schuldnerländer über ein beinahe unbegrenztes Entwicklungspotential verfügen, das nur durch verstärkte Einbindung an die internationalen Handels- und Finanzierungsbeziehungen voll nutzbar gemacht werden könne, nicht aber dadurch, daß man diesen Weg verbaut. Baker erläuterte erneut die verschiedenen Möglichkeiten, je nach den Umständen des Falles, ein „Menü“ von Lösungsmöglichkeiten zusammenzustellen.

Auf die Rolle des IWF eingehend, schlug *Baker* eine Reihe von Änderungen in der Handhabung der IWF-Politik sowie die Schaffung einer neuen „Sonderfazilität für besondere äußere Umstände“ vor. Letzteres soll bereits abgeschlossene Bereitschaftskreditabkommen gegenüber unvorgesehenen, von außen kommenden Entwicklungen wie schwachen Rohstoffpreisen,

niedrigem Ausfuhrvolumen, Naturkatastrophen und anhaltend höheren Zinssätzen absichern, ohne daß notwendige wirtschaftspolitische Anpassungen unterbleiben dürfen. Im Rahmen der wachstumsorientierten Fondspolitik sollen längerfristige Finanzierungsprogramme nach den amerikanischen Vorstellungen künftig anstatt vierteljährlichen nur noch halbjährlichen Erfüllungs- und Auszahlungskriterien unterworfen werden. Zugleich will man strukturelle Anpassungskriterien stärker berücksichtigt sehen.

Speziell zur Rolle der Weltbank erklärte *Baker*, er halte nach eingehender Prüfung der Ausleihepläne dieser Institute die Zeit für den Beginn von Verhandlungen über eine allgemeine Kapitalerhöhung für gekommen. Dies dürfe indes kein Ersatz für private Kapitalzuflüsse in die Entwicklungsländer sein. Er forderte die Weltbank auf, private Direktinvestitionen in Entwicklungsländer zu fördern. Die Initiative des Geschäftsführenden Direktors zur substantiellen Aufstockung der „Strukturellen Anpassungsfazität“ des IWF zugunsten der ärmsten Mitgliedsländer unterstützte *Baker* nachdrücklich und fügte sogleich hinzu, daß die beste Quelle zusätzlicher Mittel für diesen Zweck bei den Überschußländern zu suchen sei.

Der britische Schatzkanzler *Lawson* sah im Plaza-Abkommen und im Louvre-Akkord wichtige Schritte in Richtung eines dauerhafteren Regimes des kontrollierten Floatens. Das Ziel sei die Aufrechterhaltung eines höchstmöglichen Grades an Stabilität der wichtigsten Wechselkurse und die kontrollierte Anpassung, soweit sie sich als notwendig erweist. Ein ausreichender Grad an Flexibilität werde auch in Zukunft erforderlich sein. Die Handhabung des Systems darf dauerhaften inflationären (wie deflationären) Tendenzen keinen Vorschub leisten. Entsprechende Indikatoren können dabei hilfreich sein. Weiterer Dollarabwertung erteilte er eine deutliche Absage.

Der französische Finanzminister *Balladur* unterstützte mit seinen Darlegungen nachdrücklich eine erhebliche Aufstockung der Mittel der Weltbank im Wege einer allgemeinen Kapitalerhöhung und des IWF über eine allgemeine Quotenerhöhung. Den Vorschlag zur Aufstockung der Strukturellen Anpassungsfazität erklärte er zur bedeutendsten Initiative, die eine dringende positive Antwort verlange. Er stellte für die nächsten drei Jahre mindestens 500 Mill. Dollar als französischen Beitrag in Aussicht.

Der japanische Notenbankgouverneur *Sumita* wies auf die Bemühungen seines Landes hin, den hoch verschuldeten und anderen Entwicklungsländern durch „Recycling“ eines Teils seiner hohen Zahlungsbilanzüberschüsse unter Einschaltung von IWF und Weltbank wie auch anderer Institutionen zu helfen.

V.

In den Ausführungen von Vertretern der Entwicklungsländer und besonders der hoch verschuldeten unter ihnen nahmen die Klagen über die mangelnde Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfeldes, unzureichenden Zugang zu den Märkten der Industrieländer und vielfach völlig ausbleibende Kapitalzuflüsse breiten Raum ein. Der Sprecher für die lateinamerikanischen und einige andere Länder, *Naranja* (Costa Rica), stellte eingangs fest, daß von der in Seoul 1985 beschlossenen Strategie allein die Anpassung in den Schuldnerländern Fortschritte gemacht habe. Die Kapitalzuflüsse in die Schuldnerländer seien weiterhin negativ, und neue Finanzierungsmittel würden allenfalls als Ergebnis lang anhaltender und schwieriger Verhandlungen verfügbar gemacht.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen sei die Schuldenlast einzelner Länder so groß, daß die für eine dauerhafte Lösung der Probleme allgemein für erforderlich gehaltene Beschleunigung des Wirtschaftswachstums unmöglich gemacht werde. Die internationale Gemeinschaft stehe vor der Wahl zwischen fortgesetzten kurzfristigen Notmaßnahmen, die von unrealistischen Annahmen ausgehen, oder einer pragmatischen Strategie, die nicht nur die Finanzierungsprobleme zu meistern sucht, sondern auf den Grund der eigentlichen Probleme geht, die der Wiedergewinnung ausreichenden Wirtschaftswachstums in den Schuldnerländern im Wege stehen. Ein neuer Ansatz sei dringend nötig. Er müsse der Tatsache Rechnung tragen, daß die ausstehende Verschuldung inzwischen bereits erheblich niedriger bewertet und gehandelt werde. Die entsprechenden Abschläge müßten den Schuldnerländern selbst zugute kommen. Auch die laufende Verschuldung müsse an die Zahlungsfähigkeit der Schuldner angepaßt werden.

Der brasilianische Finanzminister *Bresser Pereira* beklagte, daß die Anpassung in den hoch verschuldeten Ländern in einem schmerzhaften Prozeß der Rezession und Inflation vollzogen worden sei, verbunden mit wiederholten Abwertungen der betreffenden Währungen und unter erheblichen Opfern der Bevölkerung wie politischen Spannungen. Es sei deshalb auch kein Wunder, daß eine zunehmende Zahl von Schuldnerländern gezwungen sei, den Schuldendienst einzuschränken oder auszusetzen. Volle Bedienung der Schulden sei mit anhaltendem Wachstum, gesunden öffentlichen Finanzen und Preisstabilität oft nicht mehr vereinbar.

Bresser Pereira erklärte angesichts der von ihm geschilderten Unzuträglichkeiten und Rückschläge die bisher verfolgte Schuldenstrategie für gescheitert. Diese habe lediglich eine noch größere Krise im internationalen Finanzsystem verhindert, eine endgültige Lösung dagegen hinausgezögert.

Nur die Gläubigerbanken seien gestärkt aus dieser Phase der Auseinandersetzung hervorgegangen, doch habe sich auch für sie die Situation eher wieder verschlechtert, wie an der Bewertung ihrer Forderungen an den Sekundärmärkten abzulesen sei.

Eine neue Phase in der Auseinandersetzung mit den Schuldenproblemen vieler Länder sei nun angebrochen. Sie müsse eine Reduzierung der Zinslast, längere Rückzahlungsfristen und ausreichende Kreditlinien für die Schuldnerländer beinhalten, um genügend Spielraum für wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Die Verschuldung müsse mit der wirklichen Zahlungsfähigkeit in Einklang gebracht werden; erst dann sei eine Rückkehr zu den Märkten zu erwarten.

Bresser Pereira erläuterte sodann erneut die brasilianischen Vorstellungen für die Umwandlung eines Teils der Bankschulden in handelbare Schuldtitel. Nachdem diese Vorstellungen in ihrer ursprünglichen Form von amerikanischer offizieller Seite wie auch von den Banken zurückgewiesen worden waren, lag dabei nunmehr die Betonung auf der Freiwilligkeit entsprechend den Erfordernissen jeder einzelnen Gläubigerbank.

Am Schluß seiner Ausführungen betonte *Bresser Pereira*, eine Konfrontation mit seinen Gläubigern liege nicht in der Absicht seines Landes. Vielmehr gehe es darum, die Voraussetzungen für inflationsfreies Wachstum herzustellen und das Land wieder in die internationale finanzielle Gemeinschaft zurückzuführen.

Der Gouverneur für Argentinien, *Sourouille*, hatte sich auf der Sitzung des Interimsausschusses bereits außerordentlich kritisch zu den Rückwirkungen unzureichenden weltwirtschaftlichen Wachstums auf die Entwicklungsländer und besonders die hoch verschuldeten Länder geäußert. Davon gehen wiederum negative Rückwirkungen auf die Industrieländer aus. Er legte dar, welche positiven Konsequenzen eine massive jährliche Erhöhung der Finanzhilfe an die Entwicklungsländer auf die Industrieländer hätte und verlangte eine entsprechend stärkere Berücksichtigung der Interdependenzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Auf die Schuldenprobleme näher eingehend trug *Sourouille* ein umfassendes Programm vor, das mehr Finanzmittel, niedrigere Schuldendienstleistungen und einen Abbau der ausstehenden Verschuldung ins Auge faßt.

Besonders kritisch äußerte sich auch der Gouverneur für Jamaica, Premierminister *Seaga*, zugleich im Namen anderer Länder der Karibik. Er machte geltend, daß neben den Problemen der ärmsten Länder Afrikas und der am höchsten verschuldeten größeren Länder Lateinamerikas die Schwierigkeiten anderer, von höheren Schuldenlasten betroffener kleinerer

Länder, nicht vernachlässigt werden dürften. Ihre Schwierigkeiten seien struktureller Natur und spiegelten nicht eigentlich ein Liquiditätsproblem wider. Sie könnten nur durch dauerhafte Mittelzuflüsse überwunden werden, die das Wachstum in den betreffenden Ländern finanziell absichern und die Entwicklung des brachliegenden Humankapitals ermöglichen. Die Schuldendienstbelastung dieser Länder müsse erleichtert werden; dabei hätten die internationalen Institutionen im Rahmen einer geänderten Ausleihepolitik eine besondere Rolle zu übernehmen. Die Verschuldung gegenüber Regierungen und internationalen Institutionen sollte auf eine längerfristige Basis gestellt werden und Umschuldung nicht wie bisher im Rahmen des Pariser Clubs auf jeweils ein Jahr beschränkt bleiben.

VI.

In seinen Schlußbemerkungen stellte der Geschäftsführende Direktor des IWF, *Camdessus*, Übereinstimmung darüber fest, daß die inneren und äußeren wirtschaftlichen Ungleichgewichte eine Fortsetzung der Bemühungen um Abbau des amerikanischen Haushaltsdefizits erfordern und in den wichtigsten Überschußländern das Wachstum der Binnennachfrage für längere Zeit das Wachstum der Gesamtproduktion übersteigen muß. Der dazu gewählte ‚policy mix‘ solle höhere Zinssätze zu vermeiden suchen. Außerdem müßten strukturelle Anpassungen überall dazu beitragen, die Wachstumskräfte zu stärken.

Zur Schuldenproblematik sah *Camdessus* die Auffassung bestätigt, daß wirksame eigene Anpassungsmaßnahmen in den hoch verschuldeten Ländern von grundlegender Bedeutung für die erfolgreiche Auseinandersetzung mit den schwierigen Problemen sind. Die Anpassung dürfe sich nicht nur auf Länder erstrecken, die beim IWF finanzielle Unterstützung suchen. Das Ausbleiben eines Kapitalzuflusses an die Entwicklungsländer in der Höhe, wie er von diesen auch genutzt werden kann, sah *Camdessus* als bedenklich an.

Auf die künftige Rolle des IWF zurückkommend, sah sich *Camdessus* durch die starke Unterstützung, die sein Vorschlag auf erhebliche Aufstockung der Strukturellen Anpassungsfazität erfahren habe, ermutigt, die Vorbereitungen hierfür so rasch wie möglich zum Abschluß zu bringen. Auch die Notwendigkeit einer beträchtlichen Quotenaufstockung habe nach seinem Eindruck deutliche Unterstützung erfahren.

Der Präsident der Weltbank, *Conable*, zeigte sich am Schluß gleichfalls befriedigt über die Unterstützung, die der neuen Orientierung der Ausleihe-

politik der Weltbank wie auch dem Grundsatz einer substantiellen Erhöhung des Weltbankkapitals zuteil geworden sei.

Zusammenfassung

Jahresversammlung von IWF und Weltbank 1987

Beherrschung der internationalen Schuldenkrise, Bemühen um Dollarkursstabilisierung, Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte, Sicherung inflationsfreien Wirtschaftswachstums, Gewährleistung eines ausreichenden Ressourcentransfers in die Entwicklungsländer, die künftige Rolle der Bretton Woods-Institute waren die herausragenden Themen, mit denen sich die Teilnehmer der gemeinsamen Jahresagung von IWF und Weltbank vom 29. September bis 1. Oktober 1987 in Washington konfrontiert sahen.

Der Geschäftsführende Direktor des IWF, *Camdessus*, sprach sich für eine Aufstockung der „Strukturellen Anpassungsfazität“ (SAF) aus, unterstrich die Notwendigkeit einer substantiellen Aufstockung der IWF-Quoten und plädierte für eine Intensivierung der Bemühungen um ein besseres Funktionieren des Internationalen Währungssystems. Die Bereitschaft der Weltbank, eine dynamische Rolle bei der Förderung wirtschaftlichen Wachstums und im Kampf gegen die Armut zu übernehmen, betonte Weltbankpräsident *Conable*. In der Diskussion um eine bessere internationale Koordination bekräftigten die Gouverneure der Industrieländer die Bereitschaft, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Bei den Vertretern der Entwicklungsländer nahmen Klagen über Mängel im weltwirtschaftlichen Umfeld, unzureichenden Zugang zu den Märkten der Industrieländer und teilweise völlig ausbleibende Kapitalzuflüsse breiten Raum ein.

Bei den Erörterungen um die internationale Verschuldung wurden von den Vertretern der Entwicklungsländer verschiedene Lösungsmöglichkeiten vorgetragen; allgemeiner Schuldenerlaß, wie von mancher Seite gefordert, wurde nicht akzeptiert.

Summary

1987 IMF/World Bank Annual Meeting

The prominent topics the participants in the IMF/World Bank Annual Meeting in Washington, September 29 to October 1, 1987, were facing were the need to control the international debt emergency, efforts to stabilize the dollar rate, ways to reduce external economic imbalances, to secure inflation-free economic growth and to guarantee the transfer of resources to the developing countries on an adequate scale, as well as the future role of the Bretton Woods institutions.

The Managing Director of the IMF, *M. Michel Camdessus*, advocated an increase in the Structural Adjustment Facility (SAF) while underlining the need for a substantial increase in the IMF quotas and calling for intensified efforts for an improved functioning of the international monetary system. The World Bank's willingness to play a dynamic role in the promotion of economic growth and the struggle against poverty

was emphasized by the President of the World Bank, Mr. *Barber Conable*. In the discussion about improved international coordination, the governors of the industrial countries reaffirmed their willingness to meet their obligations. Many of the representatives of the developing nations voiced complaints about shortcomings in the economic environment, insufficient access to the industrial countries' markets and capital inflows that had completely dried out in part.

The representatives of the developing countries proposed various solutions in the discussion on international indebtedness. A general release of the developing countries' obligation to repay their loans, as demanded by several, has not been accepted.

Résumé

Assemblée annuelle de 1987 du FMI et de la banque mondiale

Les participants à la conférence annuelle du FMI et de la banque mondiale, qui s'est tenue du 29 septembre au 1er octobre 1987 à Washington, se sont confrontés aux questions suivantes: comment maîtriser la crise d'endettement internationale, comment stabiliser le cours du dollar, comment réduire les déséquilibres économiques extérieurs, comment garantir un transfert suffisant de ressources dans les pays en voie de développement et quel rôle joueront à l'avenir les instituts du Bretton Wood.

Le directeur général du FMI, Monsieur *Camdessus*, se prononça en faveur d'un accroissement de la „facilité d'adaptation structurelle“, souligna qu'il est nécessaire d'augmenter substantiellement les quotas du FMI et plaida pour une intensification des efforts en vue d'un meilleur fonctionnement du système monétaire international. Le président de la banque mondiale, Monsieur *Conable*, souligna que la banque mondiale est prête à intervenir de façon dynamique pour promouvoir la croissance économique et lutter contre la pauvreté. Les gouverneurs des pays industrialisés confirmèrent qu'ils sont disposés à remplir leurs engagements pour garantir une meilleure coordination internationale. Les représentants des pays industrialisés se plaignirent des lacunes de l'économie mondiale, de l'accès insuffisant sur les marchés des pays industrialisés et du manque, en partie total, d'afflux de capitaux.

Lors de la discussion sur l'endettement international, les représentants des pays en voie de développement présentèrent différentes solutions possibles; la remise générale des dettes, comme certains le demandèrent, fut refusée.